

Inhaltsübersicht

Kapitel 1	Das Amt des Bundeskanzlers und das Bundeskanzleramt im geschichtlichen Überblick – Über das Reichskanzleramt zum Bundeskanzleramt –	21
Kapitel 2	Der räumliche Sitz des Bundeskanzlers gestern und heute und der Sitz des Reichskanzlers im Rückblick	33
Kapitel 3	Die rechtliche Stellung von Bundeskanzler, Bundesministern und Bundesregierung sowie die Funktionen des Bundeskanzleramtes	49
Kapitel 4	Organisation und Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes im Einzelnen	121
Kapitel 5	Die Rolle der Beauftragten im Bundeskanzleramt	149
Kapitel 6	Die bisherigen Bundeskanzler, die Chefs des Bundeskanzleramtes, die Parlamentarischen Staatssekretäre/Staatsminister beim Bundeskanzler, sonstiger Leistungsbereich heute und Rückblick auf frühere Reichsregierungen	197
Kapitel 7	Die rechtlichen Rahmenbedingungen – Verfassungsrecht, Gesetze und Geschäftsordnungen	245
Kapitel 8	Beispiel für einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (mit Stellungnahme des Bundesrates, Gegenäußerung der Bundesregierung und Gesetz)	483

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Bundeskanzler Olaf Scholz	5
Vorwort der Verfasser zur 8. Auflage	7
Abkürzungsverzeichnis (Auswahl)	19
Kapitel 1 Das Amt des Bundeskanzlers und das Bundeskanzleramt im geschichtlichen Überblick – Über das Reichskanzleramt zum Bundeskanzleramt –	21
A. Die Stellung des Bundeskanzlers und des Reichskanzlers nach den Verfassungen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs	21
I. Norddeutscher Bund 1867–1871	21
II. Deutsches Reich 1871–1918	22
III. Weimarer Republik 1919–1933	26
B. Die Reichskanzlei von 1933 bis 1945	28
I. Zusammenbruch der Weimarer Republik	28
II. Stellung der Reichskanzlei	29
C. Die Direktorialkanzlei Frankfurt 1948 bis 1949	29
D. Neubeginn unter dem Grundgesetz in Bonn	31
Kapitel 2 Der räumliche Sitz des Bundeskanzlers gestern und heute und der Sitz des Reichskanzlers im Rückblick	33
A. Wilhelmstraße in Berlin	34
B. Direktorialkanzlei in Frankfurt und neuer Regierungssitz in Bonn	35
C. Palais Schaumburg	36
D. Bundeskanzleramt in Bonn und Gästehaus Meseberg	39
I. Bau der Planungsgruppe Stieldorf	39
II. Kanzlerbungalow	40
III. Gästehaus Schloss Meseberg	41
E. Bundeskanzleramt in Berlin	42
I. Vorläufer und Zwischenlösungen	42
II. Der Neubau im Spreebogen	43
F. Ministeriumsgebäude früher in Bonn und nunmehr in Berlin	46
I. In Bonn	46
II. In Berlin	46
Kapitel 3 Die rechtliche Stellung von Bundeskanzler, Bundesministern und Bundesregierung sowie die Funktionen des Bundeskanzleramtes	49

A.	Stellung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung nach dem Grundgesetz	50
I.	Allgemeines	50
II.	Zusammensetzung, Bildung und Auflösung der Bundesregierung	52
B.	Der Bundeskanzler, die Bundesminister und die Organisation der Bundesregierung ..	54
I.	Rechte des Bundeskanzlers	55
1.	Richtlinienkompetenz	55
2.	Leitungskompetenz	67
3.	Organisationsgewalt	67
II.	Rechte der Bundesminister	69
1.	Rechte innerhalb der Bundesregierung	69
2.	Rechte in ihrem Geschäftsbereich	69
III.	Pflichten der Mitglieder der Bundesregierung	70
1.	Allgemeine und verfassungsrechtliche Pflichten	70
2.	Einfachgesetzliche besondere Pflichten	71
3.	Politische Verantwortung	72
4.	Pflichten gegenüber Regierung einerseits und Partei andererseits	73
IV.	Organisationsprinzipien der Bundesregierung	73
C.	Funktionen des Bundeskanzleramtes	75
I.	Im Verhältnis zum Bundeskanzler	75
II.	Im Verhältnis zum Kabinett	77
III.	Im Verhältnis zu den Ressorts	77
IV.	Im Verhältnis zu Bundestag und Bundesrat	78
1.	Beim Gesetzgebungsverfahren	78
2.	Beim Verfahren gemäß Art. 113 GG	80
3.	Bei parlamentarischen Fragen	81
4.	Beim Erlass von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften	82
V.	Im Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht	82
VI.	Im sonstigen Außenverhältnis	83
D.	Die Bundesministerien	84
I.	Allgemeines	84
II.	Zahl der Bundesministerien und Struktur der Bundesregierung zwischen 1949 und heute	86
III.	Reformüberlegungen und wesentliche Veränderungen	87
IV.	Struktur nach Herstellung der deutschen Einheit 1990 und den Hauptstadtentscheidungen für Berlin	89
V.	Beauftragte	90
E.	Kabinettsitzungen	91
I.	Bedeutung, Ablauf, Abstimmungsverhalten, Vertraulichkeit	91
1.	Bedeutung	91
2.	Ablauf	94

3. Abstimmungsverhalten	95
4. Besondere Rechte einzelner Bundesminister	96
5. Vertraulichkeit	97
II. Umlaufverfahren/TOP-1-Listen-Verfahren	98
III. Vorbereitung der Kabinettsitzungen	99
1. Ressortabstimmung im Vorfeld des Kabinetts	99
2. Gesetzesvorlagen	101
3. Kabinettvorlagen und Bundeskanzleramt	102
IV. Nachbereitung der Kabinettsitzungen	104
F. Kabinettausschüsse und sonstige Koordinierungsgremien	104
I. Kabinettausschüsse	104
II. Staatssekretärsausschüsse	106
III. Sonstige Gremien und wiederkehrende Konferenzen	107
G. Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Bundestag und Fraktionen	112
I. Allgemeines	112
II. Zusammenarbeit mit der die Bundesregierung tragenden Parlamentsmehrheit	113
III. Rechte und Pflichten der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag	116
 Kapitel 4 Organisation und Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes im Einzelnen	 121
A. Überblick über die organisatorische Entwicklung des Bundeskanzleramtes seit 1949	 121
B. Die anderen obersten Bundesbehörden im Geschäftsbereich des Bundeskanzlers	130
I. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	130
II. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	132
C. Organisation des Bundeskanzleramtes heute	133
I. Leitungsbereich des Bundeskanzlers und des Chefs des Bundeskanzleramtes	133
II. Besondere Arbeitsbereiche mit Leitungsfunktionen	134
III. Fachebene	134
D. Aufgabenerledigung durch das Bundeskanzleramt und Arbeitsweise	135
I. Leitungsbereich	135
II. Koordinierung/Ressortbetreuung	139
III. Querschnittsfunktionen	143
IV. Kommunikation, Information, Öffentlichkeitsarbeit	144
V. Planung	146
VI. Zentralverwaltung	147
 Kapitel 5 Die Rolle der Beauftragten im Bundeskanzleramt	 149
A. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	150
I. Aufgaben	151

II. Begleitung von Gesetzgebungsprozessen	152
III. Kunst- und Kulturförderung	153
IV. Die Aufgaben im Bereich Medien und Film	156
V. Geschichte und Erinnerung als eigene Aufgabe	157
VI. Die Organisation der Beauftragten für Kultur und Medien als oberste Bundesbehörde	159
VII. Die Rolle der Beauftragten für Kultur und Medien im föderalen System Deutschlands	160
B. Der Nationale Normenkontrollrat	160
I. Aufgabe: Gesetzesfolgenabschätzung	161
II. Gegenstand der Prüfung: Gesetze, Verordnungen, EU-Vorhaben, BMF-Schreiben	163
III. Arbeitsweise	164
IV. Verfahren	168
V. Der Normenkontrollrat auf europäischer und internationaler Ebene	170
VI. Ausblick	172
C. Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration	172
I. Aufgaben nach dem Aufenthaltsgesetz	173
II. Entwicklung des Amtes im Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen	175
III. Arbeitsschwerpunkt – Einwirken auf Gesetzesvorhaben	176
IV. Ausblick	181
D. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Nachrichtendienste	182
I. Aufgaben	183
II. Parlamentarische Kontrolle	184
E. Der deutsche G7/G20-Sherpa und der Sherpa-Stab	184
I. Aufgaben	184
II. Arbeitsweise	185
III. Entwicklungen	186
IV. G7/ G20 Präsidentschaft	187
V. Ausblick	191
F. Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland	191
I. Bedeutung und Aufgaben	192
II. Entwicklung bis zur Wiedervereinigung	193
III. Neuordnung als Sonder- und Regierungsbeauftragte nach der Wiedervereinigung	193
IV. Budget und Ausstattung	194
G. Der Corona-Expertenrat der Bundesregierung	195
I. Aufgaben	195
II. Arbeitsweise und Inhalte	195

Kapitel 6 Die bisherigen Bundeskanzler, die Chefs des Bundeskanzleramtes, die Parlamentarischen Staatssekretäre/Staatsminister beim Bundeskanzler, sonstiger Leistungsbereich heute und Rückblick auf frühere Reichsregierungen	197
A. Die bisherigen Bundeskanzler	197
B. Die bisherigen Chefs des Bundeskanzleramtes	215
C. Die bisherigen Parlamentarischen Staatssekretäre/Staatsminister beim Bundeskanzler und sonstiger Leitungsbereich	216
D. Die bisherigen Bundesregierungen der Bundesrepublik Deutschland	219
E. Die früheren Reichskanzler und die Leiter von Bundeskanzler-Amt, Reichskanzleramt und Reichskanzlei des Deutschen Reiches von 1871 bis 1918 und der Weimarer Republik	241
 Kapitel 7 Die rechtlichen Rahmenbedingungen – Verfassungsrecht, Gesetze und Geschäft tsordnungen	 245
A. Verfassungsrechtliche Regelungen	245
B. Geschäftsordnung der Bundesregierung (GOBReg)	249
C. Rahmenregelung für den Geschäftsablauf der Kabinettausschüsse der Bundesregierung	257
D. Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO)	259
E. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (BMinG)	308
F. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (ParlStG)	320
G. Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT)	323
H. Die Geschäftsordnung des Bundesrates (GOBR)	407
I. Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG)	425
J. Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG)	435
K. Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss (GOGemA)	444
L. Das Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz, ParlBG)	447
M. Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Vermittlungsausschuss (GOVA)	450

N.	Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (Kontrollgremiumgesetz, PKGrG)	452
O.	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz, PUAG)	460
P.	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz, IntVG)	472
Q.	Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrats (NormenkontrollratsGes, NatNKRK)	477
Kapitel 8 Beispiel für einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (mit Stellungnahme des Bundesrates, Gegenäußerung der Bundesregierung und Gesetz)		483
Gegenstand: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesministergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre		484
Teil I Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 11.2.2015		484
A.	Vorblatt	484
	I. Problem und Ziel	484
	II. Lösung	484
	III. Alternativen	485
	IV. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand	485
	V. Erfüllungsaufwand	485
	1. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger	485
	2. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft	485
	3. Erfüllungsaufwand der Verwaltung	485
	VI. Weitere Kosten	486
B.	Entwurf der Bundesregierung vom 11.2.2015 für ein Gesetz zur Änderung des Bundesministergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre auf Kabinettvorlage des BMI vom 3.2.2015	486
C.	Begründung	488
	I. Allgemeiner Teil	488
	1. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen	488
	2. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs	489
	3. Alternativen	489
	4. Gesetzgebungskompetenz	489
	5. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen	489
	6. Gesetzesfolgen	489
	a) Rechts- und Verwaltungsvereinfachung	489

b) Nachhaltigkeitsaspekte	490
c) Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand	490
aa) Übergangsgeld	490
bb) Aufwandsentschädigung für Mitglieder des beratenden Gremiums ...	490
cc) Reisekosten	490
d) Erfüllungsaufwand	490
aa) Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger	490
bb) Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft	490
cc) Erfüllungsaufwand der Verwaltung	491
e) Weitere Kosten	491
f) Weitere Gesetzesfolgen	491
7. Befristung; Evaluation	491
II. Besonderer Teil (mit Erläuterungen zu den einzelnen Regelungsvorschlägen)	491
 Teil II Stellungnahme des Bundesrates vom 27.3.2015	 495
 Teil III Gegenäußerung der Bundesregierung vom 15.4.2015 zur Stellungnahme des Bundesrates vom 27.3.2015	 497
 Teil IV Gesetz vom 17.7.2015 (BGBl. I S. 1322)	 498
 Literaturverzeichnis	 501
 Stichwortverzeichnis	 509